

## **Finanzsenator Nussbaum setzt den ruinösen Weg von Fugmann-Heesing fort. Lassen sich die Abgeordneten auch diesmal täuschen?**



Mehr als 650 Mio. Euro will Finanzsenator Nußbaum dem Konzern RWE beim Rückkauf für seinen Anteil an den Berliner Wasserbetrieben zuschanzen. Das bedeutet, dass er RWE fürs Nichtstun die unrechtmäßig garantierten Gewinne bis 2028 auszahlen will.

Und ganz fix soll das gehen, damit niemand Zeit zum Nachdenken und Debattieren hat. In einem senatsinternen „Eckpunkte“-Papier vom 23. Mai schreibt er, dass er für einen „möglichst schnellen Vollzug“ sei.

Da müssen doch bei den Abgeordneten die Alarmglocken klingen! Denn das ist wieder genau das Vorgehen wie es

1999 die Finanzsenatorin Fugmann-Heesing bei der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe vorexerziert hat: indem sie die Abgeordneten mit angeblichem Zeitdruck austrickste, erschlich sie deren Zustimmung, ohne dass diese die Gewinngarantien überhaupt kannten.

Als im Oktober 2010 die Veröffentlichung der geheimen Wasserverträge durch 320.000 Unterschriften von Berlinerinnen und Berlinern erzwungen wurde, sagte Klaus Wowereit:

"Der Vertrag würde so heute nicht noch mal gemacht werden. Gerade die Klauseln zur Gewinnerwartung im Teilprivatisierungsvertrag der Berliner Wasserbetriebe sind tödlich."

Trotz Wowereits Beteuerung will aber auch die jetzige Regierung die Fehler der Vorgänger keineswegs heilen, sondern im Gegenteil fortsetzen und zementieren. Wowereit und sein Finanzsenator machen damit das Land Berlin bzw. die Berliner Bevölkerung zu Geiseln der Konzerninteressen.

Mit dem weit überteuerten Rückkauf will sich die Regierung der juristischen Prüfung der seit 1999 bestehenden Rechtsverstöße entziehen. Mit dem Druck aufs Tempo will sie der Aufklärung im Sonderausschuss des Abgeordnetenhauses und jeder möglichen Anfechtung von Betriebsgesetz und Wasserverträgen zuvorkommen.

Sogar der Preismissbrauchsverfügung des Bundeskartellamtes will sich die Wowereit-Regierung, wie am 8. 6. bekannt geworden, in Beutegemeinschaft mit den Privaten widersetzen. Sie stellt sich damit dreist gegen die Interessen der Berlinerinnen und Berliner. Mit der von Senator Nußbaum angekündigten Fortsetzung ihrer Geheimpolitik will sie ebenfalls ungeniert gegen das mit 666.000 Stimmen erkämpfte Offenlegungsgesetz verstoßen.

**Es ist an Ihnen, den Delegierten und Abgeordneten, nicht noch einmal auf die Eil-Taktik des Senats hereinzufallen.**

**Es ist an Ihnen, den Delegierten und Abgeordneten, sich nicht noch einmal täuschen zu lassen, indem Sie unter angeblichem Zeitdruck Ihre Zustimmung zum nächsten ruinösen Deal und damit zur Weiterführung der alten Unrechtsverhältnisse geben.**

**Es ist an Ihnen, den gewählten Volksvertretern, all den sich immer weiter fortsetzenden Skandalen endlich ein Ende zu setzen.**